

(13.10.2016 –20.10.2016)

Grüner Pressespiegel

*Nicole Maisch, MdB & Grüne Kreistagsfraktion
Hersfeld-Rotenburg*

20.10.2016 - Verwaltungsverfahren einhalten statt politischen Druck ausüben!

„Das Unternehmen K+S steht in der Verantwortung, der Behörde die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, die zur Erteilung der Genehmigung notwendig sind. Vor allem muss zweifelsfrei nachgewiesen werden, dass die weitere Versenkung von salzhaltigen Abwässern keine Gefährdung für das Trinkwasser bedeutet. Durch eine Petition politisch Einfluss auf die Behörde und die Landesregierung auszuüben, kann nicht im Interesse des Unternehmens sein, da es zu keiner rechtssicheren Lösung führt.“ sagt die grüne Fraktionsvorsitzende Kaya Kinkel. Das Verfahren zur Genehmigung sei dem Unternehmen hinreichend bekannt. Das Unternehmen habe stets betont, alle Notwendigkeiten für eine rechtssichere Genehmigung vorlegen zu wollen. „Anscheinend versucht die FDP nun über die Probleme des Konzerns einen politischen Nutzen zu erzielen. Das ist unredlich und hilft den Menschen vor Ort nicht.“

„Die FDP hat im Landtag bereits dreimal den gleichen Antrag gestellt und wiederholt die Debatte in Dauerschleife anstatt sich an der Lösung zu beteiligen.“ bewertet die grüne Bundestagsabgeordnete Nicole Maisch die Petition. „Die FDP sollte einsehen, dass Unternehmen nicht über dem Gesetz stehen.“ Gerade der Bergbau müsse seine Eingriffe in die Natur den Behörden offenlegen. Das diene dem Umweltschutz genauso wie der Region. „Die FDP zeigt mit Ihrer Petition ein krudes Verständnis von Recht und Gesetz.“

Karin Müller, MdL & Kasseler Grüne

17.10.2016 - Förderprogramm Stadtumbau - Land unterstützt Klimaschutz in Kassel

Die Kasseler GRÜNEN freuen sich über die Förderung klimafreundlicher Stadtumbauprojekte durch die Landesregierung. „Um die bedrohliche Erderwärmung zu bremsen, müssen wir auf allen Ebenen Hand in Hand arbeiten“, erklären die Kasseler Landtagsabgeordnete Karin Müller und Vanessa Gronemann, Kreisvorsitzende der Kasseler Grünen. „Das Stadtumbauprogramm des Landes fördert nun verstärkt städtebauliche Projekte, die dem Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel dienen, und unterstützt damit die Anstrengungen der Kommunen für den Klimaschutz.“ Am Montag nahmen 20 hessische Städte und Gemeinden, die neu in das

Programm aufgenommen wurden, von der GRÜNEN Umweltministerin Priska Hinz ihre Zuwendungsbescheide in Empfang. „Wir freuen uns sehr, dass auch unsere Stadt berücksichtigt wurde und einen Förderbescheid über 705.000 Euro erhalten hat.“

„Die steigenden Durchschnittstemperaturen belasten vor allem in den Städten die Menschen durch mehr Hitze und schaden so der Gesundheit. Starkregen- und Sturmereignisse verursachen große Schäden“, erläutern Müller und Gronemann. „Daher sind die Kommunen zum einen aufgerufen, an der Beseitigung der Ursachen mitzuwirken, indem sie beispielsweise klimafreundlich bauen. Zum anderen müssen sie die schädlichen Folgen für ihre Bürgerinnen und Bürger begrenzen. Dazu trägt zum Beispiel mehr Grün in den Städten bei: Grün- und Wasserflächen sowie mehr Pflanzen an Straßen, auf Dächern und an Fassaden kühlen die umgebenden Quartiere ab und verbessern so die Lebensqualität in den Innenstädten. Um Überschwemmungen bei Starkregen zu reduzieren, sind Freiflächen nötig, die Niederschläge speichern helfen.“

„Für das Bund-Länder-Stadtumbauprogramm stehen allein in diesem Jahr 13,1 Millionen Euro zur Verfügung, zusammen mit dem kommunalen Eigenanteil ermöglicht diese Förderung Investitionen in eine nachhaltige Stadtentwicklung in Höhe von 19,7 Millionen Euro“, ergänzt Müller. Die in das Programm aufgenommenen Kommunen können in einem Zeitraum von zehn Jahren jährlich neue Förderanträge für Städtebauprojekte stellen.

Weitere Informationen: www.nachhaltige-stadtentwicklung-hessen.de

Rathausfraktion

14.10.2016 - Alle Maßnahmen zur Luftreinhaltung sind wichtig

„Die Wirkung einer Umweltzone ist zwar gering, aber dennoch messbar. Für Kassel gehört sie deshalb als ein Baustein in die Strategie für bessere Luft“, kommentiert Christine Hesse, umweltpolitische Sprecherin der grünen Rathausfraktion, die Kritik von Professor Dr. Helmut Holzapfel. „Wir müssen Wege finden, die Bürger*innen in belasteten Bereichen Kassels zu schützen. Nichts tun ist keine Option.“

„Maßnahmen, die man auf kommunaler Ebene umsetzen kann, sind zum großen Teil in Planung, oder schon ergriffen worden, werden aber leider nicht ausreichen. Zum Schutz unserer Gesundheit und unserer Umwelt benötigen wir konsequente

Unterstützung vom Bund und Land. Zudem steht die Autoindustrie in der Pflicht, dringend umzudenken. Bisher haben diese den Trend zu umweltbewussteren Autos definitiv verpasst und sich allein vom Profit leiten lassen.“ Die diskutierte „blaue Umweltplakette“, die Grenzwerte für Dieselfahrzeuge entscheidend absenken soll, könne ein geeignetes Instrument sein, um mehr Luftreinhaltung zu erreichen. Dafür müsse sich jedoch die Bundesregierung ernsthafter für Luftreinhaltung einsetzen.

Dass es auch anders gehen kann, beweist die Deutsche Post. Der gesamte Fuhrpark des gelben Riesen um Paket- und Briefzustellung soll mittelfristig auf E-Transporter umgestellt werden. „Das sollte auch für andere Unternehmen ein Antrieb sein, den Wirtschaftsverkehr unter dem Gesichtspunkt von Umwelt und Gesundheit zu entlasten und zukunftsfähig zu machen. Selbstverständlich wird es aber auch Ausnahmeregelungen für die Umweltzone geben, um die Unternehmen der Region zu unterstützen“, so Hesse abschließend.